

Die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien – Vorschläge zur Reaktion demokratischer Gemeinde- und Kreisräte

I. Die rechtsradikalen Wahlerfolge am 13. Juni und die bevorstehende Landtagswahl

Rechtsradikale und Neonazis haben bei den Kommunalwahlen am 13. Juni 52 Mandate (1999: 12) errungen. Bei den Europawahlen erzielten die REP 3,4% (1999: 2,5%) und die NPD 3,3% (1999: 1,2%).

Die NPD zieht in die Kreistage der Sächsischen Schweiz (9,1%, 5 Sitze, 15.200 Stimmen), des Muldentalkreises (5,8%, 3 Sitze, 8.400 Stimmen), des Kreises Meißen (5,1 %, 3 Sitze, 8.100 Stimmen), des Kreises Freiberg (3,0%, 1 Sitz, 5.100 Stimmen) und des Kreises Chemnitzer Land (1,7%, 1 Sitz, 2.400 Stimmen) ein.¹

In der Stadt Chemnitz erreichten die REP 10,3%. Weitere herausragende Ergebnisse erzielte die NPD in Wurzen (11,8%, 3 Sitze, 1.800 Stimmen), Meißen (9,6%, 2 Sitze, 2.600 Stimmen), Annaberg (9,0%, 2 Sitze, 2.300 Stimmen), Riesa (8,8%, 2 Sitze, 2.300 Stimmen), Pirna (6,6%, 2 Sitze, 2.999 Stimmen) und Freiberg (5,3 %, 1 Sitz, 2.512 Stimmen). Das „Nationale Bündnis Dresden“, ein Wahlbündnis unter Führung der NPD, zieht mit 4% und 3 Räten in den Stadtrat ein - darunter der kurzfristig nach Dresden gezogene stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Holger Apfel.

Besondere Aufmerksamkeit haben die Ergebnisse im Landkreis Sächsische Schweiz erregt. Neben dem Kreistagsergebnis von 9,1% erhielt die NPD bei den Gemeinderatswahlen in Reinhardtsdorf-Schöna 25,2% der Stimmen (2 Sitze, 629 Stimmen), in Königstein 21,1% (3 Sitze, 788 Stimmen), in Sebnitz 13,2% (2 Sitze, 1.600 Stimmen), in Neustadt i. S. 7,8% (3 Sitze, 929 Stimmen) und in Pirna 6,6% (2 Sitze, 2.999 Stimmen).

Die NPD hat am 13. Juni nicht nur in Sachsen gewonnen. Bemerkenswert sind auch die Ergebnisse der Stadtratswahlen von Saarbrücken mit 4,2% und Völklingen (Saarland) mit 9,6%. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zog die NPD in je drei Kreistage und drei Stadträte ein. Die Ergebnisse erreichen aber nicht sächsische Dimensionen.

Die Wahlerfolge sind eine Schande für die Kreise, Städte und Gemeinden, in denen Rechtsradikale einziehen konnten, und eine Belastung des Ansehens Sachsens. Es ist unerträglich, dass 60 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs und 15 Jahre nach der demokratischen Revolution in Ostdeutschland politische Kräfte in den Räten vertreten sind, die die deutsche Kriegsschuld, die deutschen Kriegsverbrechen und die Völkermorde der Nationalsozialisten leugnen, dem Staats- und Gesellschaftsbild der NSDAP anhängen und antisemitische Propaganda betreiben. Die Wahlerfolge zeigen eine Niederlage der Demokratinnen und Demokraten in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und autoritären Strömungen an.

II. Protestwahl oder mangelnde demokratische Kultur?

1. Rechtsradikale Orientierungen als Katalysator

Fast schon rituell werden herausragende rechtsradikale Wahlergebnisse von vielen Politikern und manchen Politikwissenschaftlern als Protest- oder Denkwahl gegen die jeweils an der Regierung befindliche Partei interpretiert. Die Protestwahl-These versteht die aktuelle oder dro-

¹ Die Anzahl der Stimmen zeigt sicher nicht die Anzahl der Wählerinnen und Wähler an, da nach sächsischem Kommunalwahlrecht die Kumulierung der drei Stimmen eines Wählers auf einen Kandidaten möglich, aber nicht zwingend ist. Daher verbergen sich etwa hinter 1.800 Stimmen 600 bis 1.800 Wähler.

hende Wahlentscheidung für rechtsradikale Parteien als Problem - nicht aber die Einstellungen und Gesinnungen, die hinter dieser Wahlentscheidung stehen. Sie greift nach den Erkenntnissen der Wahlforschung viel zu kurz. Sie verdrängt, dass rechtsradikale Wahlerfolge gerade in Ostdeutschland auch wesentlich auf langbestehende und verwurzelte rechtsradikale Orientierungen und Einstellungen zurückzuführen sind.²

2. Örtliche Verwurzelung und autoritäre Sehnsucht

Grundsätzliche rechtsradikale Orientierungen sind auch für die sächsischen Wahlergebnisse verantwortlich. Dafür spricht die ungleiche Verteilung der Wahlergebnisse: während das landesweite Kommunalwahlergebnis der NPD bei 0,9% liegt, haben die Neonazis gerade in ihren bisherigen Hochburgen gewonnen. Dies zeigt eine zunehmende Verankerung und Akzeptanz vor Ort und die Herausbildung eines festes Stammwählerpotentials an. NPD und REP werden auf örtlicher Ebene offenbar nicht als Problem wahrgenommen, sondern als „ganz normale Partei oder Wählervereinigung“. Beispielhaft zeigt dies der Wahlerfolg der NPD in Reinhardsdorf-Schöna; dort hatten sich zwei bisher für die Freien Wählern antretende Gemeinderäte zur NPD bekannt. Die Wahlerfolge dürften auch Ausdruck der tiefverwurzelten spießigen Sehnsucht nach einfachen, überschaubaren, autoritären und „deutschen“ Verhältnissen sein.

3. Politische Herausforderung für die Demokratie

Wer rechtsradikale Wahlerfolge und rechtsradikale Verhaltensweisen in der Gesellschaft dauerhaft zurückdrängen will, muss die Rechtsradikalen als politische Herausforderung begreifen und ernst nehmen. Damit ist gerade nicht gemeint, NPD, REP etc. als ganz normale Konkurrenten im Wettstreit der demokratischen Parteien anzuerkennen, die zwar andere politische Ziele verfolgen, aber selbstverständlich Achtung und Toleranz verdienen.

Notwendig ist vielmehr die politische Erkenntnis, dass die rechtsradikalen Wahlerfolge einen fundamentalen Angriff auf die Demokratie als politisch-gesellschaftliche Leitidee wie auf die gegenwärtige Ausformung des parlamentarisch-demokratischen Systems in Sachsen und Deutschland bedeuten. Die Wahlerfolge spiegeln das Misstrauen in die Kraft demokratischer Verfahren und Grundsätze für die Lösung gesellschaftlicher Probleme wider. Solange rechtsradikale Wahlerfolge nicht als Ausdruck einer Unkenntnis oder gar bewusster Ablehnung demokratischer Wertorientierungen begriffen werden, werden alle Gegenmaßnahmen im Vordergrundigen stecken bleiben.

Wer daher dauerhaft den Rechtsradikalen das Wasser abgraben will, muss die Demokratie als gesellschaftliche Leitidee selbstbewusst und offensiv vertreten. Für Demokraten ist die Demokratie das politisch-gesellschaftliche System, das die Freiheit und Gleichheit aller am besten verwirklicht. Sie sind auch davon überzeugt, dass demokratische Verfahren allen anderen politischen Entscheidungssystemen bei der Lösung individueller und gesellschaftlicher Probleme überlegen sind. Demokratische Kultur meint ein Klima der Toleranz, Angstfreiheit und des Engagements aller Bürgerinnen und Bürger. Sie ist die beste Versicherung gegen autoritäre und rassistische Versuchungen. Es ist die Aufgabe der demokratischen Parteien, Vorschläge für eine größere Transparenz des politischen Systems sowie für mehr Bürgerentscheidungen und Bürgerbeteiligung vorzulegen.

² Arzheimer/Schoen/Falter, Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten, in: Schubarth/Stöss (Hg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 368, 2000, S.220-245, S.241: „Zusammengenommen haben wir in der empirischen Analyse nachgewiesen, dass das Gefühl ökonomischer Benachteiligung, Unzufriedenheit mit dem Verhalten des politischen Personals und das Vorliegen eines rechtsextremen Einstellungsgebäudes unabhängig voneinander die Bereitschaft, für eine Partei am rechten Rand des politischen Spektrums zu votieren, beträchtlich fördern. Zugleich ist deutlich geworden, dass erst das Zusammenspiel dieser Faktoren, die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl auf dramatische Weise anwachsen lässt. Das Bild in den neuen Ländern weicht von dieser Skizze insofern ab, als hier rechtsextremen Orientierungen ein tendenziell größeres Gewicht zukommt.“

4. Demokratisches und rechtsradikales Menschen- und Gesellschaftsbild

Das Menschenbild sowie das Gesellschafts- und Staatsverständnis der Rechtsradikalen weichen fundamental und grundsätzlich vom Menschen- und Gesellschaftsbild der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes ab. Eine Vermittlung und ein Kompromiss ist nicht möglich. Ein bewusster und überzeugter Demokrat wird niemals Rechtsradikale wählen können. Das Problem ist dabei nicht die inhaltliche Stärke der NPD/REP, sondern die Unklarheit und Unbewusstheit der Demokraten. Demokraten sollten sich wieder ihrer fundamentalen Grundsätze vergewissern, um diese selbstbewusst und offensiv vertreten zu können. Nötig ist eine scharfe und inhaltliche Abgrenzung des demokratischen Wertekonsenses gegenüber völkischem, rassistischem und autoritärem Staats- und Gesellschaftsdenken.

Was ist Demokratie?

Demokraten gehen von der ursprünglichen Gleichheit und Freiheit aller Menschen aus, die auch von einer staatlichen Ordnung nur bedingt eingeschränkt werden darf. Die Freiheit und Gleichheit wird durch die Grund- und Menschenrechte geschützt. Demokraten bekennen sich zu freien und gleichen Wahlen eines Parlaments, zur Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, zum Recht auf Bildung einer Opposition und zur unabhängigen Rechtsprechung.

Was ist rechtsradikales Denken?

Rechtsradikale verneinen dagegen die Gleichheit aller Menschen. Sie verschleiern dies durch die Berufung auf eine „blutsmäßig“, also auf rassistischer Grundlage, organisierte „Volksgemeinschaft“ oder intellektuell etwas feiner mit der Befürwortung des sogenannten „Ethnopluralismus“. Rechtsradikale lehnen die naturrechtliche Gleichheit und Freiheit jedes Menschen ab, indem sie seine gesellschaftliche Stellung an dessen Abstammung oder gesellschaftliche Nützlichkeit knüpfen. Demokraten treten daher rassistischen und antisemitischen Ausfällen der Neo-Nazis entschieden entgegen, weil Angriffe gegen Menschen, die von den Rechtsradikalen als „nichtdeutsch“ definiert werden, immer Angriffe auf den Gedanken der Gleichheit und Freiheit aller Menschen kraft ihres Menschseins bedeutet. Rechtsradikale nehmen an freien Wahlen nur aus taktischen Gründen teil. Nach einer Machtergreifung wollen sie den Parlamentarismus und das Recht auf Opposition abschaffen. Auch eine unabhängige Justiz hat innerhalb eines „starken“ Staats mit einem „organischen Staatsaufbau“ keinen Platz.

5. Bewährung im Alltag: Mehr Entscheidungs- und Beteiligungsrechte

Die demokratische Grundüberzeugung muss sich im politischen Alltag beweisen. In den Verfahren und den Ergebnissen demokratischer Politik muss sich die Überlegenheit der Demokratie gegenüber völkischen, rassistischen und autoritären Haltungen erweisen. Hier muss man zur Kenntnis nehmen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger den politischen Entscheidungen der durch Wahlen legitimierten Vertreter in Gemeinderat, Landtag oder Bundestag ohnmächtig ausgeliefert fühlen. Dadurch leidet die Legitimation der Demokratie. Dem kann nur durch eine Ausweitung demokratischer Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte, mehr Transparenz und Informationsfreiheit begegnet werden.

III. Umgang in Gemeinde- und Stadträten

Der Umgang mit den gewählten Rechtsradikalen und Neonazis in den Gemeinde- und Stadträten muss sich an den Zielen der klaren und inhaltlich begründeten Abgrenzung zwischen Demokraten und Rechtsradikalen orientieren. Die Auseinandersetzung muss so geführt werden, dass sich die Überlegenheit demokratischer Verfahren und Entscheidungen öffentlich erweist. Es

darf nicht ignoriert werden, dass auch die Rechtsradikalen frei gewählte Vertreter ihrer Wähler sind. Die kategoriale Grenzlinie zwischen Demokraten und Rechtsradikalen darf aber nicht verwischt und die Neonazis dadurch aufgewertet werden. Eine politische Zusammenarbeit jedweder Art ist daher ausgeschlossen. Zudem ist die Öffentlichkeit über das Auftreten der Rechtsradikalen zu informieren. Daher ergeben sich folgende Leitlinien:

1. Einigung auf eine inhaltliche Abgrenzung der Demokraten

Wir regen an, dass sich die demokratischen Parteien in den Gemeinde- und Kreisträten auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Rechtsradikalen einigen. Die Parteien und Fraktionen verabschieden eine gemeinsame Erklärung, die den Unterschied zwischen dem Grundkonsens der Demokraten und der Ideologie der Rechtsradikalen markiert. Auf diese Weise soll für die Öffentlichkeit herausgestellt werden, dass die Demokratie ein wertorientiertes System meint, das in grundsätzlichem Widerspruch zum Neo-Nationalsozialismus steht. Dies ist erforderlich, da manche Bürgermeister und Landräte Rechtsradikale zu akzeptieren scheinen, wenn sie von rüpelhaftem Verhalten und sofort erkennbaren rassistischen und antisemitischen Äußerungen absehen. Die Rechtsradikalen werden zur Teilnahme an dieser Erklärung nicht eingeladen.

2. Keine Absenkung demokratischer Standards zur Abwehr der Rechtsradikalen

Die Rechtsextremisten sind in freien, gleichen und geheimen Wahlen demokratisch gewählt worden. Sie sind damit legitimiert, ihre Wähler zu vertreten. Dies ist aus Gründen der eigenen Glaubwürdigkeit zu respektieren. Wir lehnen daher Versuche ab, den Rechtsradikalen durch Geschäftsordnungstricks die Arbeit in den Räten zu erschweren. Wir wenden uns deshalb gegen eine Verminderung der Sitze in Ausschüssen, eine Heraufsetzung der Mindeststärke einer Fraktion oder einen Wechsel des mathematischen Berechnungssystems, um Rechtsradikale auszuschließen.

3. Keine Gemeinsamkeiten bei Abstimmungen, Wahllisten oder Pool-Verfahren

Demokratische Gemeinderäte, Stadträte und Kreisträte dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob Neonazis „ganz normale Gemeinde- oder Kreisträte“ sind, mit denen eine politische Auseinandersetzung über alltägliche örtliche Themen stattfinden kann. Der Unterschied zwischen Demokraten und Feinden der Demokratie muss auch in der täglichen Arbeit deutlich bleiben. Daher können Demokraten keine Fraktionsgemeinschaft mit Rechtsradikalen eingehen und nicht gemeinsame Anträge einbringen oder deren Anträgen zustimmen. Dabei kommt es nicht auf den Inhalt der Anträge an. Demokraten können sich auch nicht mit Neonazis auf gemeinsame Wahllisten, wie etwa im Pool-Verfahren zur Besetzung von Aufsichtsratsplätzen, einigen.

4. Öffentlicher Widerspruch gegen Rechtsradikale und Aufklärung der Öffentlichkeit

Wir empfehlen, dass die Erklärung demokratischer Parteien in der ersten Stadtratssitzung von Vertretern demokratischer Parteien öffentlich begründet wird. Demokraten sind aufgerufen, rassistischen, antisemitischen und revisionistischen Parolen der Rechtsradikalen sofort und öffentlich entgegen zu treten. Nicht alle Neonazis werden durch rüpelhaftes Benehmen und rassistische Aussagen für alle sichtbar aus der Rolle fallen. Sie werden vielmehr Wert auf ein betont bürgerlich-seriöses Auftreten legen. Dennoch werden sie sich durch Anträge, Redebeiträge und Zwischenrufe demaskieren. Demokratische Gemeinde- und Kreisträte haben die Aufgabe, diese Ausfälle wie die zu erwartende geringe inhaltliche Qualität der „Beiträge“ einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln.³

³ Vgl. etwa Thomas Kollande, „... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion“, Der DVU-Abgeordnete Tittmann in der Bremischen Bürgerschaft, Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft, Februar 2002.